



COVID-19 – Newsletter 59

30.10.2020

Noch immer oder eigentlich schon wieder stehen aufgrund der aktuellen Situation drei Handlungsfelder im Bemühen der Städte und Gemeinden:

- *Aufrechterhaltung der notwendigen Infrastruktur*
- *Sicherstellung der internen Serviceleistungen*
- *Situationsadäquates Angebot an KundInnen-Service für die Bevölkerung*

Die weltweite Corona-Virus-Pandemie ist die größte Herausforderung seit vielen Jahrzehnten und bedarf zur ihrer Bewältigung die Bündelung aller Kräfte und einen entsprechenden Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Am 16. März 2020 wurden die gesetzlichen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie rechtskräftig. Ausgangsbeschränkungen wurden damals festgelegt und Betriebsstätten sowie Freizeit- und Sportbetriebe geschlossen.

Der kommunalen Ebene kam und kommt eine zentrale Rolle im Kampf gegen die Ausbreitung der COVID-19 Pandemie zu. Die erste Phase der COVID-19-Virus-Erkrankung haben wir dank der Mithilfe und Unterstützung der Städte und Gemeinden, der kommunalen Unternehmen sowie der Disziplin der Bevölkerung gut überstanden.

Städte und Gemeinden haben mit ihrer Bürgernähe maßgeblich dazu beigetragen, dass Österreich die erste Phase der COVID-19 Pandemie gut bewältigt hat. Lokale Verantwortlichkeit, Kenntnis der Bedingungen vor Ort und Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern waren die Erfolgsfaktoren der Pandemiebekämpfung.

Nun gilt es, auf den gewonnenen Erfahrungen aufzubauen und alles daran zu setzen, ein erneutes starkes Wachstum der Infektionen zu verhindern und die kommunalen Leistungen im Sinne der Allgemeinheit bestmöglich auch in Krisenzeiten aufrecht zu erhalten. Fest steht: Städte und Gemeinden werden weiterhin einen entscheidenden Beitrag leisten – bürgernah, engagiert und verantwortungsvoll.

Abschließend möchten wir besonders Euch, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, für Euren Einsatz zum Wohle der Bevölkerung in ganz Österreich in dieser schwierigen Zeit herzlichst danken.

Jede Stadt und jede Gemeinde ist ein Teil der Lösung – gemeinsam schaffen wir es auch weiterhin.

Für tagesaktuelle Informationen möchten wir auf die online-Austauschplattform des Österreichischen Städtebundes verweisen (https://intrakommuna.at/net_home/Pages/Startseite)

Alle bisherigen Ausgaben des „COVID-19 Newsletters“ können unter folgendem Link nachgelesen werden:
https://www.staedtebund.gv.at/services/aktuelles/?no_cache=1

Redaktion: Dr. Johannes Schmid & Kevin Muik, LL.M.



Grafik: Stadt Wien

Inhaltsverzeichnis

Aktuelle Ereignisse und Problemlagen.....	4
1. Aktuell im RIS	4
2. Regierung will am Samstag nächste Schritte kundtun.....	4
3. Corona-Ampel - Acht Bundesländer auf Rot	5
4. Budget: Coronakrise belastet Budget 2020 laut Fiskalrat mit 34,6 Mrd	6
5. WIFO: Rebound im III. Quartal 2020: BIP-Anstieg von 11,1%.....	7
6. Gesundheitsminister Anschober zur Kritik zu kurzfristiger Gesetzgebung	7
7. Schulen sollen auch bei "Rot" offen bleiben	7
8. LehrerInnen fordern Ausweitung von Schutzmaßnahmen.....	8
9. Virologin Puchhammer-Stöckl gegen kürzere Quarantäne	8
10. VfGH: Mehrere Corona-Maßnahmen gesetzwidrig, da Entscheidungsgrundlagen unzureichend dokumentiert sind.....	8
11. Absonderungsbescheide gemäß § 7 Epidemiegesetz; Unzuständigkeit der Verwaltungsgerichte.	9
12. Neue Covid-Verordnung: Was in Gesetzen über Gesetze (nicht) steht.....	9
13. Warum Föderalismus in der Krise hilft.....	9
14. Neue Corona-Maßnahmen: Was darf die Polizei?	9
15. AMS bereitet sich auf höhere Arbeitslosenzahlen vor	10
Aus den Bundesländern	11
1. Oberösterreich schnürt Investitionspaket: 1,2 Mrd. Euro bis 2025.....	11
2. Contact Tracing stößt in Salzburg langsam an Grenzen.....	11
3. LH Schützenhöfer für Eingriffe im Privaten, gegen Verkürzung der Quarantäne und mit leiser Kritik an Bundesregierung	12
4. LH Kaiser fordert von Bundesregierung transparenten Plan B für eventuellen 2. Lockdown	12
5. Garagenpartys in OÖ: Ab sechs Personen fixe Sitzplätze	13
6. Kärntner Covid-19-Spitalskapazitäten werden erhöht	13
7. Steiermark: Contact-Tracing laut Behörden „ausweglos“	13
8. Salzburg: Bald Schnelltests für KindergartenpädagogInnen.....	14
9. Schulampel bleibt in acht Ländern gelb, Tirol prüft noch.....	14
Maßnahmen und Problemlagen in den Städten und Gemeinden	15
1. Bauwirtschaft muss auch 2021 Konjunkturmotor bleiben – Präsident Ludwig bekräftigt Forderungen des Österreichischen Städtebundes 15	
2. Contact Tracing in der Stadt Salzburg im Notbetrieb	15
3. Salzburger Christkindlmarkt wird offenbar abgesagt	16
4. MNS-Pflicht in Klagenfurter Ämtern	16
5. Verwirrung an Grenze zwischen Oberndorf und Laufen	16



Europa und International	17
1. Deutschland schränkt Kontakte ab November rigoros ein	17
2. Deutscher Städte- und Gemeindebund: Corona-Beschlüsse zeigen "Augenmaß"	17
3. Nächtliche Ausgangssperre in Tschechien	17
4. Neuer landesweiter Lockdown in Frankreich begonnen	17
5. Studierende in Deutschland befürchten schlechtere Berufsaussichten	18
6. Russland verschärft Maskenpflicht	18
7. Schottische Polizei löste Hunderte Partys auf	18
8. Schweizer Regierung appelliert an Kantone wegen Verschärfungen	18
9. Berliner Büro-Immobilienmarkt bricht ein	19
10. EuroComm zur Lage in Ost- und Südosteuropa	19



Aktuelle Ereignisse und Problemlagen

1. Aktuell im RIS

Folgendes Bundesgesetzblatt wurde am **28. Oktober 2020** herausgegeben:

[BGBl. II Nr. 457/2020](#)

Verordnung über die Benennung von Konformitätsbewertungsstellen und über die Pflichten von benannten Stellen im Eisenbahnbereich

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **29. Oktober 2020** herausgegeben:

[BGBl. II Nr. 458/2020](#)

Aufteilungsschlüssel in der Krankenversicherung der Pensionist/inn/en

[BGBl. II Nr. 459/2020](#)

2. COVID-19 Ziviljustiz-VO – 2. COVID-19-ZivVO

[BGBl. II Nr. 460/2020](#)

Verlängerung der Tätigkeitsdauer von Organen der betrieblichen Interessenvertretung sowie der Behindertenvertrauenspersonen

[BGBl. II Nr. 461/2020](#)

Änderung der Verordnung über Vorbereitung und Durchführung abschließender Prüfungen für das Schuljahr 2019/20

[BGBl. II Nr. 462/2020](#)

Änderung der COVID-19-Einreiseverordnung

2. Regierung will am Samstag nächste Schritte kundtun

Die Bundesregierung wird am Samstag bekanntgeben, welche weiteren Verschärfungen zur Eindämmung der Coronapandemie umgesetzt werden. Diesen Termin nannte Bundeskanzler Sebastian Kurz am Donnerstag nach einer ExpertInnenrunde im Bundeskanzleramt. Sollten die derzeit hohen Neuinfektionszahlen weiter steigen, drohe bereits "Mitte, Ende November" die Überlastung der Intensivstationen, warnte Gesundheitsminister Rudolf Anschober. Genannt wurde am Donnerstag lediglich der Fahrplan, Fragen zu inhaltlichen Details zu den Maßnahmen wurden nicht beantwortet. "Wir sind nicht in einer Phase, wo es um Stunden geht", sagte Kurz. Die Entwicklung sei seit Langem absehbar. Am Freitag wird es ihm zufolge Gespräche mit den Sozialpartnern geben, am Samstag mit den Landeshauptleuten und der Opposition sowie dem Bundespräsidenten. Im Anschluss an diese Gespräche werde die Öffentlichkeit über die notwendigen Maßnahmen informiert, kündigte Kurz an. Unklar blieb am Donnerstag auch, ab wann die neuen Maßnahmen gelten sollen. Wichtig sei, "kühlen Kopf zu bewahren und entschlossen zu handeln". Für das Allerheiligen-Wochenende verwies Kurz auf die Empfehlungen, soziale Kontakte zu reduzieren und auf Familienzusammenkünfte zu verzichten. Fix sei, dass es zu keiner Überlastung des Gesundheitssystems kommen dürfe: "Wir werden nicht zulassen, dass ÄrztInnen entscheiden müssen, wer leben darf und wer sterben muss." Kurz appellierte erneut an die Bevölkerung, die Maßnahmen mitzutragen: "Die Schritte, die wir als Bundesregierung setzen können, ist ein Teil, das andere ist das Mitmachen der Bevölkerung." Die Herausforderung sei, "dass es bei vielen Menschen eine gewisse Müdigkeit gibt, ein Nicht-mehr-Wollen", sagte Kurz. Er mache diesbezüglich niemandem einen Vorwurf, "weil ich das persönlich sehr gut nachvollziehen kann", es handle sich um Einschränkungen, die niemand möchte. Am Donnerstag wurde ein neuer Rekordwert an Neuinfektionen gemeldet - 4.453 kamen österreichweit hinzu, es ist der bisher höchste Wert seit Ausbruch der Pandemie. Enorme Zuwächse gab es auch bei den PatientInnen im Spital, so benötigten 248 Intensivpflege - seit 15. Oktober hat sich ihre Zahl verdoppelt. Anschober rechnet mit bis zu 5.800 Neuinfektionen pro Tag in der kommenden Woche.



Setzt sich dieser Trend so fort, könne "eine Überschreitung der Kapazitätsgrenzen Mitte, Ende November eintreten", warnte Anschober. Deshalb gebe es nun "akuten Handlungsbedarf, um diese Entwicklung zu stoppen". Problematisch sei, dass derzeit der Altersschnitt steigt und vermehrt Infektionen in Alters- und Pflegeheimen auftreten. Bei den Erkrankten seien die über 85-Jährigen nach den 15- bis 24-Jährigen bereits die am zweithäufigsten betroffene Altersgruppe, so der Minister. In Aussicht stellte Anschober eine Reaktivierung der telefonischen Krankschreibung. Dazu sei man aktuell in Gesprächen, sagte er. Am Donnerstag wurde mit ExpertInnen die Frage erörtert, ab welcher Anzahl neuer Infektionen das heimische Gesundheitssystem überlastet wäre, sagte Kurz. Vor zwei Wochen habe er geschätzt, dass diese Zahl bei 6.000 neuen Fällen täglich über einen Zeitraum von einigen Wochen liege. "Das wurde uns so bestätigt", sagte der Kanzler. Sollte dies über Wochen so bleiben, müssten im Extremfall ÄrztInnen entscheiden, wer behandelt wird und wer nicht, "das werden wir nicht zulassen".

Herwig Ostermann, Geschäftsführer der Gesundheit Österreich (GÖG), sagte, dass im Schnitt momentan einer von 100 Neuerkrankten im Spital und in weiterer Folge auf der Intensivstation lande, wo er durchschnittlich 12,5 Tage behandelt werden müsse. Die PatientInnen werden "rasant mehr". Mitte November würden laut Prognose 400 bis 500 Corona-PatientInnen auf Intensivstationen liegen, sagte Ostermann. Diese sind auch "versorgbar". Im Schnitt gibt es 2.000 Intensivbetten in Österreich, belegt werden können sie laut Ostermann mit rund 1.800 Menschen.

Ungefähr 60 Prozent der Intensivbetten werden akut benötigt, also nach Unfällen oder wegen nicht verschiebbarer Eingriffe. Somit gebe es ein Potenzial von 700 Betten, die in einem Notfall für CoronapatientInnen zur Verfügung gestellt werden können.

Klaus Markstaller, Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Anästhesie, Reanimation und Intensivmedizin (ÖGARI), sagte, dass die Situation auf den Intensivstationen bereits jetzt angespannt sei. Werde die Intensivmedizin (bei Neuinfektionszahlen über 6.000 pro Tag) an ihre Grenze gebracht, "dann wären wir nicht mehr in der Lage, bestmögliche Medizin bereitzustellen", warnte Markstaller. Eine Überlastung trete aber nicht von einem Tag auf den anderen ein. Wichtig sei nun, "wirksame Maßnahmen" zu setzen, dabei gehe es nicht "um einen Tag hin oder her". Ab einer Zahl von rund 600 Covid-19-PatientInnen auf Intensivstationen werden jedenfalls keine elektiven (aufschiebbaren, Anm.) Eingriffe mehr möglich sein. Man müsse nun "auf Sicht fliegen", konstatierte Markstaller.

Unabhängig von der Coronavirus-Pandemie betrage die Auslastung auf Intensivstationen (im Vollbetrieb, also etwa ohne Aufschub von planbaren Operationen) 85 bis 90 Prozent, sagte Markstaller. "Kleine Spitzen können wir jederzeit abfangen", sagte der Experte. "Für eine Pandemie ist das System nicht vorbereitet gewesen", konstatierte der Mediziner. Adaptieren lässt sich dies nur durch eine Verhinderung der Überlastung oder Erweiterung der Intensivmedizin, die aber kurzfristig nicht möglich ist.

3. Corona-Ampel - Acht Bundesländer auf Rot

Bei der Sitzung der Ampel-Kommission am Donnerstag ist beschlossen worden, dass Österreich im Gesamten auf Rot geschaltet wird. Mit Ausnahme von Kärnten, das ab morgen, Freitag, auf Orange gestellt wird, gehen auch sämtliche Bundesländer auf Rot, wie die APA am Donnerstagabend aus Kreisen der Ampel-Kommission erfuhr. Auf regionaler Ebene dominiert ebenfalls Rot. Rotlicht gilt demnach uneingeschränkt für die Bundeshauptstadt Wien, wo nicht nach einzelnen Bezirken differenziert wird, und für sämtliche Bezirke in Salzburg und Oberösterreich. In Tirol leuchten acht Bezirke in Rot, lediglich das Außerfern - der Bezirk Reutte - springt auf Orange. In der Steiermark herrscht mit einer Ausnahme - dem Bezirk Murau, der Gelb erhält - auch Rot vor. Ähnliches gilt für das Burgenland, wo lediglich der Bezirk Güssing nicht Rot, sondern Orange bekommt. Orange strahlen in Niederösterreich die Bezirke Hollabrunn, Horn, Mistelbach und Scheibbs, der Rest soll auf Rot geschaltet werden. In Kärnten bekommt Spittal an der Drau Gelb, die Bezirke Villach-Stadt, Villach-Land, Klagenfurt-Stadt und Feldkirchen Orange. Der Rest erhält Rot. In Vorarlberg wird die Region Montafon-Brandnertal Rot, die Region Bregenzerwald/Kleinwalsertal Orange und das Große Walsertal sowie Klostertal/Arlberg Gelb. Damit gibt es in ganz Österreich nur mehr vier Regionen bzw. Bezirke mit einem mittleren Risiko. Grün - ein geringes Risiko - ist komplett von der Landkarte verschwunden. Im allergrößten Teil des Landes gehen die Experten auch auf regionaler Ebene bei der Einschätzung der epidemiologischen Lage inzwischen von einem hohen bzw. sehr hohen Risiko aus.

Mehr dazu: <https://corona-ampel.gv.at/>



4. Budget: Coronakrise belastet Budget 2020 laut Fiskalrat mit 34,6 Mrd.

Die Coronakrise wird das Budget im Jahr 2020 mit 34,6 Mrd. Euro belasten, im Jahr 2021 mit 19,2 Mrd. Euro. Das geht aus einer am Mittwoch präsentierten Schnelleinschätzung des Fiskalrats-Büros hervor. Dabei wird von einer positiven Entwicklung der Pandemie im nächsten Jahr ausgegangen, allfällige weitere Maßnahmen sind noch nicht eingepreist. Ein Lockdown wie im Frühjahr sollte möglichst vermieden werden, so die "persönliche Meinung" von Fiskalrat-Präsident Martin Kocher.

Laut der Schnelleinschätzung (Berechnungen basieren auf dem Ist-Stand der Wirtschafts-Prognosen) wird die Pandemie das österreichische Budget heuer und nächstes Jahr insgesamt mit 53,8 Mrd. Euro belasten. Dies Einschätzung schließt neben den Kosten der Hilfsmaßnahmen (ausgabeseitig) auch die Auswirkungen des Wirtschaftseinbruchs (einnahmeseitig) ein. Die aktuelle Schätzung rechnet für 2020 mit einem gesamtstaatlichen Budgetdefizit von 9,2 Prozent des Bruttoinlandproduktes, 2021 werden 5,8 Prozent erwartet. Diesen Berechnungen wird die Annahme zugrunde gelegt, dass die prognostizierten BIP-Wachstumsraten von -6,8 und +4,4 Prozent für die Jahre 2020 und 2021 halten. Ohne die COVID-Pandemie wäre im Jahr 2020 trotz des In-Kraft-Tretens der ersten Stufe der Einkommenssteuerreform mit einem nahezu ausgeglichenen Haushaltsergebnis zu rechnen gewesen - und einem leichten Defizit im Jahr 2021, so das Fiskalrats-Büro. Die aktuellen COVID-Maßnahmen werde man jedenfalls bis ins Jahr 2024 im Budget spüren, so die Experten des Fiskalrates.

Bei der Staatsverschuldung wird mit einem Anwachsen der Schuldenquote von 70,5 Prozent des BIP im Jahr 2019 auf 83,4 Prozent 2020 ausgegangen. Für 2021 schätzt das Fiskalrats-Büro die Quote auf 83,6 Prozent. Dieser Anstieg ist sowohl durch ein hohes Primärdefizit 2020 (von 7,9 Prozent des BIP) verursacht, aber auch durch den Einbruch der Wirtschaftsleistung. Denn bei derartigen Einbrüchen steigt die Schuldenquote automatisch (sogenannter "BIP-Nenner-Effekt"). Ein Rückgang auf Vorkrisenniveau auf 70,5 Prozent dürfte laut Kocher innerhalb dieses Jahrzehnts möglich sein - "wenn es gut läuft".

Bei den Staatsausgaben erwartet das FISK-Büro einen Einbruch der Einnahmen um 13,2 Mrd. Euro, womit der bisher größte Einnahmenrückgang seit dem Zweiten Weltkrieg infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise in den Jahren 2008/09 "um ein Vielfaches" übertroffen werde.

Die Schnelleinschätzung beruht auf der Annahme, dass die Pandemie sich 2021 positiv entwickelt. Mögliche Verschlechterungen - wie sie aufgrund der aktuell stark steigenden Infektionszahlen denkbar sind - sind noch nicht berücksichtigt, auch kein allfälliger Lockdown. "Der entscheidende Punkt ist das nächste Jahr", so Kocher. Weder das Wirtschaftsforschungsinstitut noch der Weltwährungsfonds seien in ihren Prognosen bisher davon ausgegangen, dass es einen zweiten größeren Lockdown gibt - und auch davon, dass die Krise 2021 irgendwann überwunden sein wird. Auf die Frage nach den Auswirkungen eines mögliche Lockdowns in Österreich wollte sich Kocher nicht einlassen. Leider müsse man die Antwort geben, dass niemand einschätzen könne, wie sich derartiges auswirken würde. "Wenn wir wüssten, dass ein Lockdown dazu führen würden, dass man dann im ganzen Winter keine Schwierigkeiten mehr haben würde, dann könnte man sich das überlegen." Wie schnell die Infektionen danach aber wieder nach oben gehen würden, "das kann keiner sagen. Es ist etwas, das man nicht beantworten kann".

Grundsätzlich gelte es, derartig einschneidende Maßnahmen zu vermeiden, so Kocher: "Persönlich" glaube er, dass man alles tun sollte, um zu vermeiden, "dass man noch einmal einen Lockdown hat wie im Frühjahr". Freilich brauche es aber eine Reduzierung der Infektionszahlen - "weil die Infektionszahlen indirekt mit der Wirtschaftsentwicklung auf der wöchentlichen Ebene verbunden sind. Wenn die Infektionszahlen steigen, gehen die wirtschaftliche Aktivitäten sofort zurück. Es muss nach unten gehen, aber einen Lockdown halt ich nicht für die optimale Variante".

Die Präsentation des Budgetausblicks sowie den Presstext des Fiskalrates finden Sie in **Beilage1** bzw. in **Beilage2**.



5. WIFO: Rebound im III. Quartal 2020: BIP-Anstieg von 11,1%

Gemäß der aktuellen Schnellschätzung des WIFO expandierte die österreichische Wirtschaftsleistung im III. Quartal 2020 gegenüber dem Vorquartal um 11,1%. Damit setzte nach dem deutlichen Einbruch im II. Quartal der erwartete Rebound ein. Mit der Lockerung der zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie gesetzten Maßnahmen wurden ein Anstieg der Konsumnachfrage der privaten Haushalte sowie ein Zuwachs in der Wertschöpfung der Dienstleistungsbereiche verzeichnet. Auch die Industriekonjunktur und die Exportnachfrage erholten sich und nahmen gegenüber dem II. Quartal zu.

Mehr dazu: https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/main.jart?content-id=1454619331110&publikation_id=66556&detail-view=yes

6. Gesundheitsminister Anschober zur Kritik zu kurzfristiger Gesetzgebung

In der Nacht auf Sonntag trat die neue Verordnung mit zusätzlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie in Kraft. Veröffentlicht wurde sie am späten Donnerstagabend, somit gibt es "ausreichend Vorbereitungszeit", sagte Gesundheitsminister Rudolf Anschober bei einer Pressekonferenz am Freitag. Für ihn sei es wichtig, dass die Maßnahmen wirken, "nicht wann sie publiziert werden". Ob ein Tag früher oder später sei "nicht entscheidend". Am Montag sei der erste Entwurf fertig gewesen. Dieser wurde dann per Mail an die ÖVP-Bundesländer geschickt, was auch für Kritik sorgte. Es habe sich gezeigt, dass einige Fragen offen sind, berichtete Anschober, deshalb habe man auch den Verfassungsdienst sowie "externe Juristen" einbezogen. Denn von den Verordnungen seien "Millionen von Menschen betroffen", deshalb müsse man präzise arbeiten. Dass nur die sechs ÖVP-Bundesländer den Entwurf erhalten haben, sorgte für Unmut. Anschober konstatierte am Freitag, dass die Bundesländer in der Pandemie so intensiv eingebunden seien wie nie zuvor. Dazu gebe es den Koordinationsprozess in der Koalition. Wer hier beigezogen wird, dies bleibe dem Koalitionspartner überlassen. Für Anschober ist es nachvollziehbar, dass die ÖVP fachliche Justierungen nicht mit SPÖ-Politikern abstimmt. Ihm selbst sei "Parteilpolitik gleichgültig", sagte Anschober, im Gesundheitsministerium werde nicht auf die Parteifarbe geachtet.

7. Schulen sollen auch bei "Rot" offen bleiben

Es sei eine Einigung darüber erzielt worden, dass Schulen so lange wie möglich offen bleiben sollen, auch bei roter Corona-Ampel, fasste Martin Netzer, Generalsekretär im Bildungsministerium, bei einem Pressegespräch in Salzburg ein Ergebnis der Konferenz zusammen.

Die einheitlichen Leitlinien beim Umgang mit Corona-Fällen an Schulen, die von Bildungsminister Heinz Faßmann und Gesundheitsminister Rudolf Anschober vorgelegt wurden und die auch ein schnelleres Testen beinhalten, wurden ebenfalls positiv von den Ländern aufgenommen. "Es konnte ein breiter Schulterchluss erzielt werden", sagte Netzer. Der Bildungsminister selbst nahm aus gesundheitlichen Gründen nicht an der Bildungsreferentenkonferenz teil. Der Bund werde über die Bundesbeschaffungsgesellschaft in einer ersten Tranche bis Ende November 150.000 Stück Antigentests ankaufen, erläuterte der Generalsekretär. "Die Nettokosten pro Test betragen zwischen fünf und acht Euro". Das Ergebnis liege in 15 Minuten vor. Die Testung von SchülerInnen, die Symptome wie Husten oder Fieber haben, erfolge auf freiwilliger Basis, die Kosten trage der Bund. Bis zum 14. Lebensjahr müsse eine Einverständniserklärung der Eltern vorliegen, ab dem 14. Lebensjahr können die SchülerInnen die Erklärung selbst unterzeichnen.



8. LehrerInnen fordern Ausweitung von Schutzmaßnahmen

Wegen der hohen SARS-CoV-2-Infektionszahlen in Österreich reichten die aktuellen Präventionskonzepte an den Schulen nicht mehr aus, um die PädagogInnen ausreichend zu schützen, warnen die Unabhängige Lehrgewerkschafter (ÖLI-UG). In einem Brief an Bildungsminister Heinz Faßmann, die Landeshauptleute und Bildungsverantwortlichen fordern sie u.a. sowohl beim positiven Test eines Schülers als auch während der Abklärung von Verdachtsfällen Quarantäne für die ganze Klasse. Erst wenn das negative Testergebnis eines Verdachtsfalls vorliegt, soll die Klassengemeinschaft wieder in den Präsenzunterricht wechseln. Bei einem positiven Testergebnis sollen nach Vorstellung der ÖLI-UG alle SchülerInnen getestet werden und es soll erst nach Ende der Quarantänezeit wieder Präsenzunterricht stattfinden - und zwar unabhängig von Alter der SchülerInnen und vom Schultyp.

Die erst vergangene Woche präzisierte Regelung von Bildungs- und Gesundheitsministerium sieht hingegen vor, dass weder im Verdachts- noch im Erkrankungsfall automatisch eine ganze Klasse abgesondert wird. Bei Verdachtsfällen wird der Unterricht regulär fortgesetzt, außer die Gesundheitsbehörden geben eine anderslautende Anweisung. Für Kinder unter zehn Jahren gelten zudem auch im Falle von bestätigten Infektionen Sonderregeln: Gibt es in einer Volksschulklasse einen positiven Fall, werden nicht mehr alle MitschülerInnen getestet. Auch bei vorangegangenen engem Kontakt mit dem positiv Getesteten werden diese SchülerInnen nur mehr als "Kategorie-II-Kontaktpersonen" geführt und nicht automatisch in Quarantäne geschickt.

9. Virologin Puchhammer-Stöckl gegen kürzere Quarantäne

Die Virologin Elisabeth Puchhammer-Stöckl von der MedUni Wien, die auch das Kanzleramt berät, hat in der ZIB2 der Idee einer auf fünf Tage verkürzten Quarantäne eine Absage erteilt. Es sei aus medizinischer Sicht absolut nicht zu empfehlen, die Quarantäne auf weniger als acht Tage, besser zehn, zu senken. Erst ab dem zehnten Tag werden 95 Prozent der Verdachtsfälle nicht mehr infektiös.

Bildungsminister Heinz Faßmann und Tourismusministerin Elisabeth Köstinger hatten sich zuvor für ein „Freitesten“ ausgesprochen. Menschen, die zwar engen Kontakt zu CoV-positiven Personen gehabt hätten, selbst aber nach fünf Tagen keine Symptome entwickelt hätten, könnten mit einem negativen Test wieder aus der Quarantäne entlassen werden, so die Idee. Gesundheitsminister Rudolf Anschober hatte dem bereits eine Absage erteilt.

Mehr dazu: <https://orf.at/stories/3186970/>

10. VfGH: Mehrere Corona-Maßnahmen gesetzwidrig, da Entscheidungsgrundlagen unzureichend dokumentiert sind

Der VfGH hat festgestellt, dass eine Reihe von COVID-19-Maßnahmen gesetzwidrig waren, die im Frühjahr 2020 gegolten haben. Gesetzwidrig waren konkret das Betretungsverbot für Gaststätten und selbständige (nicht an eine Tankstelle angeschlossene) Waschstraßen, Beschränkungen betreffend den Einlass von Besuchergruppen in Gaststätten (maximal vier Erwachsene, wenn kein gemeinsamer Haushalt), das Verbot von Veranstaltungen mit mehr als zehn Personen (welches etwa Diskotheken betraf) und die Maskenpflicht an öffentlichen Orten in geschlossenen Räumen (Amtsräumen etc.). Der VfGH hob auch eine noch in Geltung stehende Bestimmung der COVID-19-Lockerungsverordnung (nunmehr COVID-19-Maßnahmenverordnung) auf, mit der die verpflichtende Einhaltung eines Mindestabstands zwischen den Verabreichungsplätzen in Gaststätten (§ 6 Abs. 1 und 4) angeordnet wurde, also der Mindestabstand von einem Meter zwischen Tischen. Die Aufhebung tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2020 in Kraft. Bei allen als gesetzwidrig erkannten Bestimmungen war aus den dem VfGH vorgelegten Akten nicht nachvollziehbar, auf Grund welcher tatsächlichen Umstände die zuständige Behörde – der Gesundheitsminister – die jeweilige Maßnahme für erforderlich gehalten hat. Dies verstößt aber gegen die gesetzliche Ermächtigung im COVID-19-Maßnahmengesetz bzw. im Epidemiegesetz. Der VfGH folgt damit den Leitentscheidungen vom 14. Juli 2020.

Die Geschäftszahlen der Erkenntnisse lauten wie folgt: V 392/2020, V 405/2020, V 428/2020, V 429/2020, G 271/2020, G 272/2020



11. Absonderungsbescheide gemäß § 7 Epidemiegesetz; Unzuständigkeit der Verwaltungsgerichte.

Nachdem eine angehaltene Person beim Bezirksgericht des Anhaltungsortes die Überprüfung der Zulässigkeit und Aufhebung der Freiheitsbeschränkung nach § 7 Epidemiegesetz beantragt hatte und ein Rechtszug gegen den Absonderungsbescheid der Bezirksverwaltungsbehörde an das Landesverwaltungsgericht seit 2016 im Epidemiegesetz nicht mehr vorgesehen ist, ist das Landesverwaltungsgericht für gegen solche Bescheide erhobene Beschwerden unzuständig.

Mehr dazu in **Beilage3**

12. Neue Covid-Verordnung: Was in Gesetzen über Gesetze (nicht) steht

Kommentar von Prof. Nikolaus Forgo, Vorstand des Instituts für Innovation und Digitalisierung im Recht an der Uni Wien.

Ich bin Mitglied eines Laufvereins; übrigens desselben, in dem auch Rotte rennt - er leider sehr viel schneller und konsequenter als ich. In dem Verein tummeln sich, ich weiß nicht, warum, ganz überproportional viele Juristinnen und Juristen - sehr erfolgreiche dazu - nicht nur beim Laufen, sondern auch in ihren juristischen Berufen. Beim gemeinsamen Training, einmal wöchentlich, sehe ich dann, was es heißt, schnell und motiviert zu sein. Am Anfang traben wir in einer Gruppe, vielleicht 15 Personen, dann rennen mir alle davon.

Darf das, auch jetzt, weiter sein? Und, wenn ja, wie? Mit Maske oder ohne? Mit Personenhöchstzahl oder ohne? Mindestabstand? Mit oder ohne Trainer? Und so weiter.

Mehr dazu: <https://www.derstandard.at/story/2000121147559/was-in-gesetzen-ueber-gesetze-nicht-steht>

13. Warum Föderalismus in der Krise hilft

Kommentar von Prof. Peter Bußjäger, Universitätsprofessor am Institut für Öffentliches Recht, Staats- und Verwaltungslehre der Universität Innsbruck

Die Bundesregierung setzt bei der Bekämpfung der Pandemie auf regionale Maßnahmen. Föderalismusexperte Peter Bußjäger begrüßt das: Gerade in Krisensituationen habe sich die Verantwortungskette in Österreich bewährt. Dass der Vollzug in erster Linie bei den Bezirksverwaltungsbehörden liegt, sei sinnvoll, so Bußjäger: Sie sind nahe am Geschehen und sind auch für viele andere Fragen zuständig, die mit der Pandemiebekämpfung zusammenhängen.

Mehr dazu: <https://www.derstandard.at/story/2000121171411/warum-foederalismus-in-der-krise-hilft>

14. Neue Corona-Maßnahmen: Was darf die Polizei?

Mit der aktuellen Novelle zum COVID-19- Maßnahmengesetz und der dazu ergangenen Verordnung wird das öffentliche Leben weiter eingeschränkt. Und es stellt sich neuerlich die Frage, inwieweit diese Maßnahmen auch den privaten Bereich betreffen könnten. Denn welche Grundrechtseingriffe zur Bekämpfung der Pandemie im privaten Bereich zulässig sind, können auch VerfassungsexpertInnen nicht eindeutig beantworten.

Die Regeln für Veranstaltungen, dass also ab Sonntag nur noch sechs Personen daran teilnehmen dürfen, gelten nicht für „Veranstaltungen im privaten Wohnbereich“, heißt es im Covid-Maßnahmengesetz. Das soll so bleiben, ließ der Bundeskanzler laut „Standard“ durchblicken. Denn verfassungskonform lasse sich da nicht eingreifen. So ganz stimme das nicht, wird dazu der Verfassungsrechtler Bernd-Christian Funk zitiert. Denn erstens könne man sich fragen, „worauf sich diese Ausnahme im örtlichen Geltungsbereich bezieht“. Zweitens könne man die Passage herausnehmen und festlegen, dass das Gesetz ausdrücklich auch den Privatbereich umfasst – verfassungskonform.



Die Diskussion ist übrigens keine neue. Schon im April sagte der Verfassungsjurist Heinz Mayer, Regeln für das Verhalten in privaten Wohnungen zu erlassen wäre prinzipiell möglich gewesen, auch im Einklang mit den Grundrechten. Nur: Derartige Eingriffe müssten verhältnismäßig sein, sagen Mayer und Funk.

Verfassung ist kein „unübersteigbares Hindernis“

Die Polizei kann prinzipiell aus verschiedenen Gründen eine Wohnung betreten. Einerseits gibt es die Durchsuchung auf staatsanwaltschaftliche Anordnung, etwa wenn nach einem flüchtigen Täter gesucht wird. Andererseits gibt es die Hilfeleistung, bei der Räumen betreten und durchsucht werden dürfen. Bei Gefahr in Verzug kann die Polizei laut Innenministerium auch ohne Anordnung eine Durchsuchung machen, der Staatsanwaltschaft sei darüber aber „alsbald“ zu berichten. Dazu gibt es die Nachschau, etwa bei einer Beschwerde wegen Lärmbelästigung. Der stattzugeben ist freiwillig, eine Anzeige kann dennoch folgen. All diese Fälle seien „gar nicht so grundverschieden von Eingriffen zur Bekämpfung einer Pandemie“, sagt Funk. Die Verfassung sei also auch in diesem Fall kein „unübersteigbares Hindernis“.

Keine Präventivkontrollen

Was die Corona-Regeln angeht, so hat die Polizei laut Innenministerium derzeit keine Befugnis zum Betreten einer Wohnung, außer sie müsse ihrer Hilfeleistungspflicht nachkommen. Das könne etwa sein, wenn Ansteckungsgefahr bestehe, sagt auch Funk. Und: Wenn die Polizei Grund zur Annahme hat, dass jemand, der behördlich in Quarantäne ist, Besuch bekommt, könne sie Nachschau halten und gegebenenfalls einschreiten – immerhin könnte eine Gefährdung bestehen. Jene Corona-Partys, die aufgrund von Lärmbelästigung auffielen, seien ein rechtlicher Graubereich, sagt Funk. Prinzipiell ist es ja nicht verboten, Leute zu sich einzuladen. Wenn das aber umschlägt in eine Veranstaltung, die sehr wohl verboten ist, dürfe die Polizei einschreiten und ermitteln. Die Polizei braucht für derartige Besuche aber in jedem Fall einen begründeten Verdacht. „Dass sie auf bloße Vermutung hin von Wohnung zu Wohnung geht, ist nicht zulässig“, sagt Funk. Eine derartige präventive Kontrolle des privaten Lebensbereichs sei nur dann vorstellbar, „wenn die Pandemie Ausmaße wie die Pest annimmt“, sagt Funk. Das sei derzeit nicht der Fall. Gesundheitsminister Anschöber betonte bereits: Kontrollen im Privaten werde es nicht geben – egal ob rechtlich möglich oder nicht.

15. AMS bereitet sich auf höhere Arbeitslosenzahlen vor

Das Arbeitsmarktservice (AMS) stellt sich auf weitere Corona-Maßnahmen und einen damit verbundenen Anstieg der Arbeitslosen- und Kurzarbeitszahlen ein. "Wir bereiten uns organisatorisch vor", sagte AMS-Sprecherin Beate Sprenger zur APA. Wie stark die Zahlen steigen, hängt von möglichen Maßnahmen ab. Die Regierung will sich nach der gestrigen Ankündigung morgen dazu konkret äußern.

Es verdichten sich aber die Hinweise, dass es zu einem "Lockdown light" mit einer nächtlichen Ausgangsbeschränkung kommt und die Gastronomie den November mehr oder weniger abschreiben wird müssen.

Auch das Arbeitsministerium bereitet sich auf die Auswirkungen der noch nicht öffentlich bekannten Corona-Maßnahmen vor. "Die gesundheitliche Entwicklung wird ausschlaggebend dafür sein, wie gut der Arbeitsmarkt durch den Winter kommt. Wir sind im ständigen Austausch mit unterschiedlichen Arbeitsmarktexpertinnen- und Experten", hieß es aus dem Arbeitsministerium auf APA-Anfrage. "Die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen hängt von unterschiedlichen Faktoren ab und es ist schwer, Prognosen zu treffen, bevor die konkreten Maßnahmen entschieden worden sind."

Beim ersten Corona-Lockdown im März und April schossen die Arbeitslosenzahlen auf ein Rekordhoch seit 1945. Mitte April waren 588.000 Personen in Österreich ohne Job, ein Plus von 220.000 Betroffenen gegenüber dem Vorjahreszeitpunkt. Von Mitte April bis September sanken die Arbeitslosenzahlen, seitdem steigen sie wieder. Zuletzt gab es 416.000 Arbeitslose und AMS-Schulungsteilnehmer, die Anzahl der krisenbedingten Arbeitslosen lag bei knapp unter 70.000.



Aus den Bundesländern

1. Oberösterreich schnürt Investitionspaket: 1,2 Mrd. Euro bis 2025

Oberösterreich schnürt ein Paket im Umfang von 1,2 Milliarden Euro, mit dem geplante Investitionen vorgezogen werden sollen. Der am Freitag von LH Thomas Stelzer, LHStv. Manfred Haimbuchner und weiteren schwarzen und blauen Landesräten präsentierte "Oberösterreich Plan" erstreckt sich bis 2025. Die 1,2 Milliarden - frisches Geld, wie betont wurde - sollen Investitionen von insgesamt 2,5 Milliarden und einen langfristigen Effekt von vier Milliarden Euro auslösen.

191,2 Millionen Euro zusätzlich sind für 2021 vorgesehen, 186,8 Millionen für 2022. 130 Millionen Euro sollen "direkt in den Wirtschaftsstandort" fließen, vor allem in Arbeit und Beschäftigung etwa in Form von Qualifizierungsmaßnahmen. Im Infrastrukturbereich sollen 449 Mio. Euro investiert werden. Damit sei der Landesteil der Linzer Stadtbahn "in Finanzierung". Hinzu kommen eine große Umfahrung in Weyer (53,6 Millionen Euro), die Sanierung der Mauthausener Brücke (75 Millionen Euro) sowie zahlreiche kleinere Projekte. 401 Millionen Euro zusätzlich will man in den Gesundheitsbereich investieren. Je 180 Millionen davon sind für die Generalsanierung des Ordensklinikums Linz und für den Neubau des Kinderbettentrakts des Kepler Universitätsklinikums verplant.

85 Millionen Euro sind für Wohnplätze für Menschen mit Beeinträchtigung vorgesehen, 45 Millionen Euro für den Bildungsbereich, etwa für Investitionen in Pflichtschulen - mit dem Fokus auf Ausbau der Digitalisierung - oder den Ausbau der Kinderbetreuung. 20 Millionen Euro sind für den Klimaschutz reserviert, damit soll der Einsatz erneuerbarer Energien beschleunigt werden, 13 Millionen Euro zusätzlich sind für die Kultur vorgesehen, zehn Millionen Euro für die Landwirtschaft und 15 Millionen Euro für den Sport.

2. Contact Tracing stößt in Salzburg langsam an Grenzen

Das Contact Tracing im Bundesland Salzburg stößt langsam an seine Grenzen. "Die Situation in den Bezirksverwaltungsbehörden ist sehr angespannt", teilte der Sprecher des Landes Salzburg, Franz Wieser, auf Anfrage der APA mit. "Der Zuwachs an Fällen ist kaum mehr abzarbeiten". In den nächsten zwei Wochen sollen 60 MitarbeiterInnen der Salzburger Landesregierung den Behörden für die Unterstützung der Nachverfolgung der Fälle zur Verfügung gestellt werden.

Positiv Getestete und Kontaktpersonen der ersten Kategorie hätten Vorrang. Bis ein Bescheid ergeht, könne es aber einige Tage dauern. Im Tennengau zeige sich zwar von den täglichen Fallzunahmen keine so starke Zunahme mehr. Andererseits gebe es im Flachgau "sehr dynamische Entwicklungen". Als besonders problematisch bezeichnete Wieser die Nachverfolgungen von Schul-Infektionen. Wenn ein Lehrer in mehreren Klassen unterrichte und infiziert sei, müsse man schon mal rund 150 Kontaktpersonen erreichen. "Da ist eine Behörde nur mit einem Fall beschäftigt."

Die Situation in den Seniorenheimen bezeichnete Wieser aktuell noch als stabil. Diese vulnerablen Bereiche würden zudem bei der Abarbeitung priorisiert. Auffällig sei, dass sich in den vergangenen zwei Wochen die Infektionen über das ganze Bundesland ausgebreitet haben. Die Zusammenarbeit mit der Bevölkerung gestaltete sich zuletzt ebenso mühsam: Einige Betroffene weigerten sich, Kontaktpersonen anzugeben oder sich testen zu lassen.



3. LH Schützenhöfer für Eingriffe im Privaten, gegen Verkürzung der Quarantäne und mit leiser Kritik an Bundesregierung

Der steirische Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer will einen verfassungsrechtlich gangbaren Weg suchen, um bei Verstößen gegen Corona-Regeln auch im Privatbereich eingreifen zu können. "Für bestimmte Fälle, für bestimmte Zeiten", meinte er im "Kurier" (Dienstag-Ausgabe). Außerdem spricht sich Schützenhöfer gegen die Forderung seiner ParteikollegInnen aus, die Quarantäne von K1-Kontaktpersonen zu verkürzen.

Bei gesundheitlichen Herausforderungen wie Corona gebe es "Einschränkungen der Freiheit", erklärte Schützenhöfer. Er sei für Einschränkungen, "dort wo sie erklärbar sind", so der Landeshauptmann. "Ich will ja nicht in Schlafzimmer hineinschauen, aber wenn bei Privatpartys in einem Keller oder in einer Gartenhütte Exzesse gefeiert werden, muss man das auflösen können." Er sei dafür, "dass wir hier einen verfassungsrechtlich gangbaren Weg suchen", bei dem man auch die anderen Parteien einbinde.

Von der Forderung seiner Parteikollegin, Tourismusministerin Elisabeth Köstinger, die Quarantänezeit von K1-Kontaktpersonen im Tourismus von zehn auf fünf Tage zu verkürzen, indem man sich "freitesten" kann, hält Schützenhöfer, der zuletzt selbst in Isolation musste, nicht viel. Auch ÖVP-Chef und Bundeskanzler Sebastian Kurz hatte sich zuletzt für eine kürzere Quarantäne ausgesprochen.

Auch andere Maßnahmen, die von Kurz beworben wurden, lehnt Schützenhöfer derzeit ab: "Nur weil zwei Bezirke in der Steiermark rot sind, drängt man auf Maßnahmen wie frühere Sperrstunde oder Registrierungspflicht im Gasthaus. Aber ich sehe nicht, dass dort, wo die Sperrstunde vorverlegt wurde, weniger Infektionen sind." Die eigentlichen Ansteckungen passierten bei den Festen der Vereine in den Gemeinden - die steirischen Regierungsmitglieder dürfen an solchen Feiern nun nicht mehr teilnehmen, sie sollten verschoben oder abgesagt werden, rät Schützenhöfer.

Überhaupt lässt der Landeshauptmann mit Kritik an der Bundesregierung aufhorchen: In zentralen Punkten wie der Sperrstunde oder der Maskenpflicht hielte er es für besser, wenn man bundeseinheitlich vorgehen würde. Das "Hauptproblem" sei aber, "dass uns in den letzten Monaten einerseits die Gemeinsamkeit der Regierung abhanden gekommen ist", befand Schützenhöfer. "Zwischen der Volkspartei und den Grünen gibt es sehr divergierende Meinungen, wie man vorgeht. Da werden ja Maßnahmen angekündigt, die dann nicht kommen, weil man sich nicht einigen konnte." Und man müsse "auch mit Bedauern feststellen, dass die Zusammenarbeit, der Gleichklang, der Schulterschluss zwischen Bund und den Ländern nicht mehr so wirklich funktioniert". Hinsichtlich seines eigenen Bundesparteičhfs betont Schützenhöfer aber: "Der Bundeskanzler bemüht sich sehr."

Neue Hilfsmaßnahmen für die Wirtschaft fänden bei Schützenhöfer wenig Anklang. Die Regierungs-Ansage "Koste es, was es wolle" am Beginn der Pandemie habe ihn "wirklich geschreckt". Fixkosten zu ersetzen könne man sich vielleicht bis zum Frühjahr leisten, "darüber hinaus nicht".

4. LH Kaiser fordert von Bundesregierung transparenten Plan B für eventuellen 2. Lockdown

Mit einem deutlichen Appell wendet sich Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser, heute im Hinblick auf einen möglichen zweiten Lockdown an die Spitzen der Bundesregierung. „Auch wenn niemand einen zweiten Lockdown will, so ist die Bundesregierung gefordert, jedenfalls einen Plan B für den Fall der Fälle parat zu haben. Den Kopf in den Sand zu stecken und nach dem Prinzip Hoffnung die angespannte Coronasituation dem Zufall zu überlassen, wäre genauso verantwortungslos, wie möglicherweise im stillen Kämmerlein entworfene Pläne, ohne jede Einbindung der Bundesländer und der Bevölkerung“, macht Kaiser deutlich. Die Bevölkerung sowie die Sozialpartner, Länder, Städte und Gemeinden müssten wissen, was sie im Fall der Fälle erwartet und wann und unter welchen Bedingungen dieser Fall eintritt. Wohin das intransparente Vorgehen, das Aussperren von einzelnen Bundesländern und Teilen der Bevölkerung führe, sehe man im schwindenden Vertrauen der Bevölkerung überdeutlich. Seine Hand gegenüber der Bundesregierung sei nach wie vor ausgestreckt, so Kaiser. „Wir werden diese Pandemie und ihre Folgen für die Bevölkerung nur gemeinsam und miteinander bewältigen. Ich erwarte mir im Sinne aller in Österreich lebenden Menschen, dass diese ausgestreckten Hände seitens der Bundesregierung auch angenommen wird“, betont Kaiser.



5. Garagenpartys in OÖ: Ab sechs Personen fixe Sitzplätze

Die Reglementierung privater Partys, die ab Freitag in Oberösterreich gelten und auch kontrolliert werden soll, betrifft Räumlichkeiten, die nicht für den Wohnzweck bestimmt sind - etwa Garagen, Stadeln oder Hütten. Dort sollen die gleichen Regelungen gelten wie sie die Covid-19-Maßnahmenverordnung für Veranstaltungen in Innenräumen vorsieht: Bei mehr als sechs Personen muss es etwa fix zugewiesene Sitzplätze geben und die Veranstaltung ist bei der Behörde anzuzeigen.

Gerade weil sich gezeigt hat, dass der Großteil der Ansteckungen im privaten Bereich und dort vor allem bei größeren Zusammenkünften erfolge, sei es notwendig, diese einzuschränken, so LH Thomas Stelzer und LHStv. Christine Haberlander. Sie betonten, es gehe rein um Zusammenkünfte in Garagen, Stadeln oder Hütten. In Wohnhäusern oder Wohnungen werde es "natürlich keine Kontrollen" geben.

6. Kärntner Covid-19-Spitalskapazitäten werden erhöht

Angesichts der steigenden Coronavirus-Zahlen werden in Kärnten die Spitalskapazitäten für Covid-19-Normalbetten schrittweise ausgebaut. Im Laufe der Woche soll Platz für 133 statt bisher 100 Covid-19-Patienten geschaffen werden, kündigte Gesundheitsreferentin Beate Prettner am Mittwoch vor Journalisten an. 55 Corona-Kranke befinden sich aktuell in den Spitälern, drei von ihnen auf einer Intensivstation.

Falls nötig, können in einem weiteren Schritt 290 Normalbetten freigemacht werden, dann müssten allerdings Leistungen für andere PatientInnen zurückgefahren werden. Auf die Frage, wo genau diese Kapazitäten geschaffen werden und zulasten welcher anderer Abteilungen hieß es, die Plätze werden quer über alle Kärntner Krankenhäuser freigemacht.

Der für den Intensivbereich zuständige Primar Rudolf Likar sagte, auf die Frage, ob die Intensivkapazitäten über den Sommer nicht erhöht worden seien, dass sich die Behandlungskonzepte geändert hätten. Unter anderem könne man nun auch auf der Normalstation beatmen. Ab sieben oder acht Covid-19-Intensivpatienten müssten Leistungen für andere PatientInnen eingeschränkt werden. Prettner betonte, dass Akutpatienten jedenfalls weiter versorgt werden, Likar appellierte an Kranke, bei Bedarf ein Spital aufzusuchen, die Krankenhäuser seien sicher. Theoretisch könnten in Kärnten 180 PatientInnen beatmet werden, sagte Prettner

7. Steiermark: Contact-Tracing laut Behörden „ausweglos“

Von „ausweglos“ bis zu „nicht mehr machbar“, lautet die Einschätzung der aktuellen Situation in den insgesamt sechs steirischen Bezirkshauptmannschaften und Gesundheitsbehörden.

Jene MitarbeiterInnen, die mit dem Contact-Tracing beschäftigt sind, würden die Aufarbeitung der neuen Infektionsfälle samt Kontaktpersonen einfach nicht mehr schaffen, sagte der stellvertretende Bezirkshauptmann von Weiz, Helmut Gauster: „Das Stimmungsbild ist sehr traurig stimmend. Die MitarbeiterInnen sind bestrebt, bestmögliche Arbeit zu leisten, sehen sich aber irgendwo dort angekommen, dass sie gegen Windmühlen kämpfen. Wenn sie jeden Tag 25 bis 28 zusätzliche positive Fälle haben und das Contact-Tracing machen müssen, dann wissen wir alle miteinander, dass wir tagelang hinten nachhinken und nie up to date sind.“

Diese Einschätzung teilt auch Eva Winter vom Gesundheitsamt Graz – das Contact-Tracing werde zunehmend schwieriger, so Winter. Und Markus Kraxner, der Bezirkshauptmann von Leoben ergänzt: „Die Situation ist natürlich eine besondere Herausforderung und hat Dramatik. Wir haben zur Bewältigung des Contact-Tracing mittlerweile 40 Prozent der Bediensteten der Bezirkshauptmannschaft Leoben eingesetzt, um damit die Kontaktpersonen-Nachverfolgung bewältigen zu können.“

Mehr dazu: <https://steiermark.orf.at/stories/3073285/>



8. Salzburg: Bald Schnelltests für KindergartenpädagogInnen

Für Kindergartenpädagoginnen und Kindergartenpädagogen soll es bald Antigen-Schnelltests geben. Die rasche aber umstrittene Testvariante plant Familienlandesrätin Andrea Klambauer als weitere Möglichkeit in der Coronavirus-Strategie des Landes für Elementarpädagogik-Einrichtungen. Für die Schulen bestellte das Bildungsministerium in einer ersten Tranche 150.000 solcher Schnelltests. Ab Mitte November sollen mobile Teams bei einem Verdachtsfall direkt in der Schule Abstriche von allen Personen in der betroffenen Klasse nehmen.

Mehr dazu: <https://salzburg.orf.at/stories/3072917/>

9. Schulampel bleibt in acht Ländern gelb, Tirol prüft noch

Wenn am Dienstag nach den Herbstferien wieder die Schule beginnt, bleibt die Corona-Ampel für die Schulen in acht Bundesländern auf "gelb", Tirol prüft derzeit noch. Das teilte das Bildungsministerium am Freitag der APA mit. Die Entscheidung fußt auf den Empfehlungen der Ampel-Kommission für den Bildungsbereich und den entsprechenden Wünschen der Länder. Im Bildungsministerium werden aber zusätzliche Präventionsmaßnahmen für den außerschulischen Bereich überlegt.

Allgemein hat die Ampel-Kommission am Donnerstag beschlossen, dass das gesamte Bundesgebiet auf "rot" geschaltet wird. Zudem werden alle Bundesländer "rot", Ausnahme ist nur Kärnten, das auf "orange" gestellt wird. Die Ampelfarbe für die Schulen ist ja bereits seit einiger Zeit von der allgemeinen Ampelschaltung entkoppelt.

Für das Gros der Länder bedeutet die Ampelfarbe "gelb" keine Veränderung gegenüber der Woche vor den Herbstferien. Nur in Salzburg und Tirol waren einige Bezirke "orange". In Salzburg wird hier nun wieder zurück auf "gelb" geschaltet, in Tirol steht eine Entscheidung noch aus.

Bei "gelb" muss außerhalb der Klassen ein Mund-Nasen-Schutz getragen werden. Schulfremde Personen müssen im gesamten Schulgebäude eine Maske tragen. Sport soll grundsätzlich nur im Freien ausgeübt werden, für die Turnhallen gibt es Auflagen wie kleine Gruppen, Belüftung und kurze Kontaktzeiten bei Übungen. Gesungen wird nur im Freien oder mit Mund-Nasen-Schutz.



Maßnahmen und Problemlagen in den Städten und Gemeinden

1. Bauwirtschaft muss auch 2021 Konjunkturmotor bleiben – Präsident Ludwig bekräftigt Forderungen des Österreichischen Städtebundes

Städte und Gemeinden waren in den letzten Jahren die größten öffentlichen Auftraggeber und der „Sprit“ für den Konjunkturmotor Bau. Das muss auch 2021 so bleiben. Dafür notwendige Maßnahmen wurden gemeinsam vom Städte- und Gemeindebund sowie den Bausozialpartnern und der Vereinigung Österreichischer Projektentwickler präsentiert. Die Bauwirtschaft war 2020 eine der wichtigsten Branchen, welche einen noch größeren Konjunkturbruch in Österreich verhindert haben. Nach dem Lockdown im März haben die Bausozialpartner rasch einen COVID-19-Maßnahmenkatalog für ein sicheres Arbeiten auf Baustellen erarbeitet und damit die Gesundheit ihrer Beschäftigten bestmöglich geschützt. Nur dadurch konnten die Arbeiten rasch wieder hochgefahren und die vollen Auftragsbücher aus der Zeit vor Corona auch 2020 abgearbeitet werden.

Bürgermeister Dr. Michael Ludwig, Präsident des Österreichischen Städtebundes im Rahmen der Pressekonferenz:

Österreichs Städte und Gemeinden sind immer schon die wichtigsten Investitionsmotoren des Landes gewesen. Und dieser Motor muss gerade jetzt am Laufen gehalten werden. Denn 2020 sind Städte und Gemeinden mit massiven Einnahmehinbußen von bis zu 2 Mrd. Euro konfrontiert. Hinzu kommen weitere Mindereinnahmen durch das Konjunkturstützungsgesetz, das die Gemeinden in den nächsten Jahren mittragen müssen. Alleine für 2020 und 2021 bedeutet dies zusätzliche Mindereinnahmen von rund 1,1 Mrd. Euro. Gleichzeitig konnten die laufenden Ausgaben nicht reduziert werden, da Gemeinden in hohem Maße Systemleistungen - von der Wasserversorgung bis zur Pflichtschule - erbringen. Der Städtebund fordert daher unter anderem finanzielle Mittel zum Ausgleich der Verluste sowie für Investitionen. Hier braucht es „echtes Geld“, das nicht durch annähernd zeitgleiche Steuersenkungen den Gemeinden wieder entzogen wird, wie dies beim KIG der Fall ist. Investitionen in die Daseinsvorsorge fließen in die lokale und regionale Wirtschaft vor Ort und hier insbesondere in die Bauwirtschaft. Außerdem ist es längst an der Zeit, ernsthafte Gespräche über einen Zugang der Städte und Gemeinden zur ÖBFA, der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur zu führen, um sich auch generell zu günstigen Konditionen refinanzieren zu können.

Eine ausführliche Zusammenfassung inkl. der Statements der anderen TeilnehmerInnen (u.a. auch von Gemeindebundpräsident Riedl) finden Sie unter folgendem Link: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20201028_OTS0081/die-zeit-laeuft-bauwirtschaft-muss-auch-2021-konjunkturmotor-bleiben

2. Contact Tracing in der Stadt Salzburg im Notbetrieb

Das Contact Tracing in der Stadt Salzburg kann seit Dienstagnachmittag nur mehr im Notbetrieb erfolgen: Eine Mitarbeiterin des 40-köpfigen Teams ist positiv auf Corona getestet worden, damit müssen ab sofort etwa 20 Kollegen in Quarantäne und fallen in nächster Zeit aus, und das bei stark steigenden Fallzahlen. "Wir machen, was wir noch schaffen", sagte Karl Schupfer, Sprecher der Stadt Salzburg, gegenüber der APA.

Konkret bedeute dies, dass zumindest alle neu positiv getesteten Personen kontaktiert und abgesondert werden sollen, sagte Schupfer. Als zweiten Schritt versuche man, auch möglichst viele Kontaktpersonen der 1. Kategorie zu ermitteln und zu kontaktieren. "Hier müssen wir schauen, was noch geht." Die Ausforschung der Kontaktpersonen der 2. Kategorie "werden wir aber derzeit wahrscheinlich nicht schaffen", so der Sprecher.

Die infizierte Mitarbeiterin hatte am Sonntag noch gearbeitet, aber im Lauf des Tages das Büro der Contact-Tracer wegen leichter Symptome verlassen. Heute Nachmittag lag dann das Testergebnis vor. Wo sich die Kollegin angesteckt hat, sei derzeit nicht bekannt. "Wir wissen es nicht, ob es in der Arbeit oder auch wo anders war."



Da derzeit alle MitarbeiterInnen in einem großen Raum - dem Sitzungszimmer des Gestaltungsbeirates - arbeiten, sei die Zahl der Kategorie-1-Kontaktpersonen so groß, obwohl dort strengste Sicherheitsvorkehrungen wie das Tragen von Schutzmasken oder vorhandene Trennwände herrschten, sagte Schupfer.

Auf die heutige Ausschreibung zur Aufstockung des Teams haben sich laut dem Sprecher bereits über 50 Interessierte gemeldet. Diese müssten aber erst auf ihre Eignung getestet und dann natürlich eingeschult werden. "Aber wir hoffen, dass wir die Lücke bald auffüllen können."

3. Salzburger Christkindlmarkt wird offenbar abgesagt

Der diesjährige Salzburger Christkindlmarkt wird offenbar abgesagt. Der Bürgermeister der Stadt Salzburg, Harald Preuner, hält die Abhaltung des traditionsreichen Weihnachtsmarktes beim Dom in der Altstadt wegen der steigenden Coronavirus-Infektionszahlen nicht mehr für genehmigungsfähig, wie er am Donnerstag einen dementsprechenden ORF-Bericht gegenüber der APA bestätigte.

Für ihn sei klar, dass der Christkindlmarkt trotz des vorliegenden, umfangreichen Corona-Konzeptes nicht durchgeführt werden könne, auch wenn der Verein viel Herzblut in die Covid-Maßnahmen gesteckt habe, sagte Preuner. Er werde dazu morgen, Freitag, noch ein Gespräch mit dem Vereinsobmann des Christkindlmarktes führen und hoffe, dass der Obmann Verständnis für diese Entscheidung habe.

4. MNS-Pflicht in Klagenfurter Ämtern

Am Freitag sind weitere Maßnahmen für die auf orange gestellte Kärntner Landeshauptstadt Klagenfurt beschlossen worden. Wie der Landespressedienst mitteilte, wird ab kommendem Dienstag eine Verordnung gelten, wonach im Magistrat Klagenfurt, in der Bezirkshauptmannschaft Klagenfurt Land und allen Gebäuden der Landesverwaltung ein Mund-Nasen-Schutz zu tragen ist. Laut Informationen des Landes dürfen BesucherInnen die Amtsgebäude nur noch mit Mund-Nasen-Schutz betreten, aber auch für Bedienstete gilt eine MNS-Pflicht: Sie müssen die Maske in allen Räumen außerhalb des eigenen Büros sowie bei Besprechungen mit mehr als sechs Personen tragen. Sollte es Raucherräume geben, so werden sie geschlossen, ein Mindestabstand von einem Meter ist einzuhalten.

Da die Orange-Schaltung wegen Clustern in Pflegeheimen erfolgte, werden ab kommendem Montag außerdem die Besuchszeiten in den Klagenfurter Heimen eingeschränkt, Besuche sind dann nur noch in der Zeit von 13.00 bis 17.00 Uhr möglich.

5. Verwirrung an Grenze zwischen Oberndorf und Laufen

Die Situation an der Grenze zwischen Bayern und Salzburg sorgt zunehmend für Verwirrung. In der Grenzstadt Oberndorf (Flachgau) wurde einer Salzburgerin nach einem Einkauf im bayerischen Laufen eine Quarantäne angedroht. Die Bürgermeister der beiden Städte fordern mehr Klarheit und ein besseres Grenzmanagement.

Der Oberndorfer und Laufener Bürgermeister richteten am Montag einen offenen Brief an das Land Salzburg und den Freistaat Bayern, indem sie klare Ankündigungen zum Grenzverkehr fordern. Derzeit sei in den Gemeinden in Salzburg, die an Bayern angrenzen, unklar, was erlaubt ist und auch die bayerischen Nachbarn würden nicht wissen, ob sie über die Brücke auf österreichischen Boden dürfen.

Mehr dazu: <https://salzburg.orf.at/stories/3073053/>



Europa und International

1. Deutschland schränkt Kontakte ab November rigoros ein

In Deutschland wollen Bund und Länder die drastisch steigenden Coronavirus-Infektionszahlen mit harten Kontaktbeschränkungen über den November hinweg in den Griff bekommen. Man wolle eine „Gesundheitsnotlage“ ausrufen. Deutschlandweit sollen die Maßnahmen bereits mit 2. November und nicht wie ursprünglich in der Beschlussvorlage des Bundes vorgesehen mit 4. November in Kraft treten. Der Aufenthalt in der Öffentlichkeit soll nur noch „mit den Angehörigen des eigenen und eines weiteren Hausstandes gestattet“ sein, heißt es in der Beschlussvorlage. Die BürgerInnen sollen demnach auch aufgefordert werden, generell auf private Reisen und Besuche zu verzichten. Touristische Übernachtungen im Inland sollen unterbunden werden.

Freizeiteinrichtungen sollen schließen

Freizeiteinrichtungen wie Theater, Opernhäuser, Kinos, Schwimmbäder und Fitnessstudios sollen dem Papier zufolge geschlossen werden, ebenso Bars, Clubs, Diskotheken und Lokale. Ausgenommen werde die „Lieferung und Abholung mitnahmefähiger Speisen für den Verzehr zu Hause“. Auch Kosmetikstudios, Massagepraxen, Tattoostudios und Bordelle müssen schließen. Einzelhandel, Schulen und Kindergärten bleiben offen. Profisport soll offenbar nur noch ohne Zuschauer stattfinden. Das gilt auch für die Fußballbundesliga.

2. Deutscher Städte- und Gemeindebund: Corona-Beschlüsse zeigen "Augenmaß"

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat die Verschärfung der Corona-Auflagen begrüßt. Die Beschlüsse zeigten "Augenmaß", sagte Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg den Zeitungen der Funke Mediengruppe. "Man hat verhindert, das Land in eine Art Halbcoma zu bringen und es ist richtig, insbesondere Schulen und Kindergärten grundsätzlich weiterhin zu betreiben." Die angekündigten finanziellen Hilfen müssten insbesondere für die Gastronomiebetriebe schnell und unbürokratisch umgesetzt werden, damit die Betriebe nicht aufgeben müssten, forderte Landsberg. "Das wäre ein verheerendes Signal für das Leben in unseren Städten."

3. Nächtliche Ausgangssperre in Tschechien

Angesichts steigender CoV-Zahlen hat Tschechien erstmals eine nächtliche Ausgangssperre eingeführt. Diese gilt zwischen 21.00 Uhr und 5.00 Uhr – in dieser Zeit dürfen die Menschen ihre Häuser nicht verlassen. Die Regierung begründete den Schritt damit, dass private Feiern und Treffen verhindert werden sollen.

4. Neuer landesweiter Lockdown in Frankreich begonnen

Wegen der stark gestiegenen Fallzahlen ist in Frankreich seit Mitternacht erneut ein landesweiter Lockdown in Kraft. Restaurants, Bars und alle nicht unentbehrlichen Geschäfte müssen vorerst für zwei Wochen schließen. Die Menschen sollen ihre Häuser nur noch aus zwingenden Gründen verlassen, etwa für die Arbeit, zum Einkaufen und für einen Arzttermin.

Private Treffen sollen auf die Kernfamilie beschränkt bleiben, die Bewegungsfreiheit wird nach dem Ende der Herbstferien am Sonntag stark eingeschränkt. Mit insgesamt 35.785 Todesfällen ist Frankreich nach absoluten Zahlen eines der am schwersten betroffenen Länder Europas.



5. Studierende in Deutschland befürchten schlechtere Berufsaussichten

Aufgrund der Pandemie fürchten Studierende um ihre beruflichen Chancen, viele ändern bereits ihre (Studien-)Pläne, zeigt eine Studie des Beratungsunternehmens EY. Mehr als 40 Prozent der Befragten glauben, dass sich ihre Berufsaussichten in den vergangenen Monaten verschlechtert haben, rund ein Viertel hat seine Pläne bereits geändert und überlegt, länger zu studieren, die Branche zu wechseln oder sich selbständig zu machen. Besonders skeptisch beurteilen Studierende der Wirtschafts- und Kulturwissenschaften ihre Aussichten. Angehende Medizinerinnen und Mediziner sehen dagegen verbesserte Chancen.

Mehr dazu: <https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/umfrage-studenten-sehen-schlechtere-berufschancen-wegen-corona-17020637.html>

6. Russland verschärft Maskenpflicht

Angesichts von täglich mehr als 16.000 neuen Coronavirus-Fällen verschärft Russland die Sicherheitsvorkehrungen. Die Verbraucherschutzbehörde Rospotrebnadzor ordnete heute eine Maskenpflicht an allen Orten an, wo sich mehr als 50 Menschen aufhalten können. Ein Mund-Nasen-Schutz ist demnach etwa in Aufzügen, auf Parkplätzen und in Taxis Pflicht. In der Hauptstadt Moskau muss der Mund-Nasen-Schutz bereits in allen öffentlichen Verkehrsmitteln und in Supermärkten getragen werden.

Mehr dazu: <https://orf.at/stories/3186898/>

7. Schottische Polizei löste Hunderte Partys auf

Wegen strenger Coronavirus-Beschränkungen hat die Polizei in Schottland in den vergangenen Wochen Hunderte Hauspartys aufgelöst. Zwischen Ende August und Mitte Oktober wurde die Polizei mehr als 3.000-mal zu illegalen Treffen in privaten Haushalten gerufen, wie aus Daten der Polizei hervorgeht, über die der Sender BBC heute berichtete. Ende August hatte die Polizei in Schottland den Auftrag bekommen, private Partys aufzulösen, die gegen die geltenden Kontaktbeschränkungen verstoßen. In mehr als 430 Fällen wurden demnach Bußgelder verhängt; darüber hinaus gab es 83 Festnahmen – etwa wenn die Feiernden die Polizisten attackierten.

Eigentlich sind Treffen in privaten Haushalten in Schottland zurzeit verboten. Das Land befindet sich in einer mehrwöchigen Phase strenger Regeln, bevor in der kommenden Woche wie in England ein mehrstufiges Warnsystem in Kraft treten so

Mehr dazu: <https://orf.at/stories/3187040/>

8. Schweizer Regierung appelliert an Kantone wegen Verschärfungen

Die Schweizer Regierung erwartet laut Gesundheitsminister Alain Berset von den Kantonen, dass sie je nach Situation die Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus auf ihrem Gebiet weiter verschärfen. Es sei wichtig, regional differenzierter zu handeln als im März. Die Unterschiede zwischen den Kantonen seien markant, sagte Berset in einem Interview mit der „Neuen Zürcher Zeitung“ (Freitag-Ausgabe).

So habe beispielsweise das Wallis eine mehr als fünfmal höhere 14-Tage-Inzidenz bei den neuen Fällen als Solothurn. Das zeige sich bei der Situation in den Spitälern, die im Wallis viel angespannter sei als in Solothurn. Berset verneinte die Frage, ob die Schweiz die Kontrolle über die Pandemie verloren habe. Die Situation sei sicher viel schlechter als vor einem Monat. Gleichzeitig hätten die Kantone die Kapazitäten beim Contact-Tracing stark erhöht.

Mehr dazu: <https://orf.at/stories/3187278/>



9. Berliner Büro-Immobilienmarkt bricht ein

In den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres ist die Zahl der verkauften Büro- und Geschäftsflächen in Berlin im Vergleich zum Vorjahr um 53 Prozent gesunken. Ähnlich sieht es mit dem Umsatz aus, dieser ist von 2,6 Milliarden Euro auf 814 Millionen Euro, also um 69 Prozent eingebrochen. Das geht aus einer kürzlich veröffentlichten Analyse des Gutachterausschusses für Grundstückswerke in Berlin hervor. Aus der Analyse geht ebenfalls hervor, dass die Zahl der Immobilienverkäufe um zehn Prozent und die Zahl der verkauften Eigentumswohnungen in Berlin um 21 Prozent zurückgegangen ist. Die Anzahl von verkauften Ein- und Zweifamilienhäusern hat sich jedoch nur um drei Prozent verringert. Durch den Umsatzrückgang verringerten sich auch die Einnahmen aus der Grunderwerbssteuer um 275 Millionen Euro.

10. EuroComm zur Lage in Ost- und Südosteuropa

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sich auch Serbien wieder zu den übrigen Ländern mit stark steigenden Fallzahlen reiht und wir somit keinen „Ausreißer“ mehr haben.

In der Slowakei stehen am Wochenende landesweite Flächentestungen bevor, der Lockdown gilt seit 24. Oktober, Deutschland hat heute einen stufenweisen Lockdown beschlossen. Der Lockdown in Slowenien wurde gestern, am 27. Oktober ausgerufen.

Mehr dazu in **Beilage4**

Zudem hat die EuroComm, da die diversen Verschwörungstheorien immer mehr an die Öffentlichkeit dringen, einen Überblick über die diversen Theorien in unserem Städtenetzwerk erstellt. Ein Highlight wird dabei vorwegnehmen: In Bulgarien ist eine Theorie aufgetaucht, dass eine Meteoritenexplosion in den frühen Morgenstunden des 11. Oktober 2019 im Nordosten Chinas die Infektion aus dem Weltraum mitgebracht habe.

Mehr dazu in **Beilage5**

